

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Oliver Kaczmarek,
Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9564 –

**Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern –
Für eine nationale Alphabetisierungsdekade**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Rosemarie Hein, Agnes Alpers,
Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/8766 –

**Niemanden abschreiben - Analphabetismus wirksam entgegenzutreten,
Grundbildung für alle sichern**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Ekin Deligöz, Krista Sager,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8765 –

Bildungsarmut durch Alphabetisierung und Grundbildung entgegenwirken

A. Problem

Zu Buchstabe a

7,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland gelten als funktionale Analphabeten, d. h. 14 Prozent der Bevölkerung und damit doppelt so viel, wie bislang angenommen. Analphabetismus im engeren Sinne betrifft 2,3 Millionen Menschen und damit mehr als 4 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. Zu diesen Ergebnissen kam die „leo. – Level-One“-Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung als erste Studie in

Deutschland die Größenordnung des Analphabetismus unter der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren untersuchte. Die Studie gibt Aufschluss, welche Bevölkerungsgruppen vom funktionalen Analphabetismus betroffen sind. Sie zeigt aber auch deutlich, dass der funktionale Analphabetismus die gesamte Gesellschaft durchdringt.

Zu Buchstabe b

Fehlende Grundbildung und Analphabetismus sind auch im hochindustrialisierten Deutschland keine Randerscheinung, sondern ein Problem der gesellschaftlichen Mitte, welches in der öffentlichen Wahrnehmung lange Zeit keine große Rolle spielte. Die Ergebnisse der „leo. – Level-One“-Studie wurden daher im Frühjahr 2011 mit großer Bestürzung zur Kenntnis genommen, da erstmals das Ausmaß des Analphabetismus in Deutschland mit empirisch erhobenen Zahlen greifbar wurde. 7,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 Jahren sind demnach funktionale Analphabeten, wobei unter Berücksichtigung der Altersgrenzen von einer viel größeren Dunkelziffer ausgegangen werden muss. So geht der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V. von 21 Millionen Erwachsenen in Deutschland aus, die gravierende Bildungsdefizite aufweisen.

Zu Buchstabe c

Bildungsarmut wird hierzulande stärker als in anderen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vererbt. Analphabetismus und mangelnde Grundbildung sind Formen von Bildungsarmut, die die betroffenen Menschen in ihren sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Teilhabemöglichkeiten massiv einschränken. Gleichzeitig entstehen massive volkswirtschaftliche Schäden, etwa durch Fachkräftemangel, die Abhängigkeit von Transferleistungen und eine damit verbundene Vertiefung der sozialen Spaltung.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung sollte ihrer Verantwortung gerecht werden und als Motor der Alphabetisierungsdekade organisatorisch, personell und finanziell mehr Initiative ergreifen. Daher solle sie u. a. aufgefordert werden,

- bei der Alphabetisierung und Grundbildung eine entschlossene Führungsrolle einzunehmen und eine Dekade der Alphabetisierung im Rahmen einer gemeinsamen nationalen Strategie durchzuführen,
- einen eigenen angemessenen finanziellen und organisatorischen Beitrag zu leisten, um nachhaltig und flächendeckend eine dauerhafte Struktur der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit zu schaffen,
- die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und bürgerschaftliches Engagement zu fördern,
- mit verbindlichen Qualitätsvorgaben in Aus- und Fortbildung sowie guten Arbeitsbedingungen für Kursleiterinnen und Kursleiter für eine hohe Qualität und Wirksamkeit in der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit zu sorgen und
- schließlich durch Monitoring und Evaluation Grundlagen für eine erfolgreiche Alphabetisierungsarbeit zu schaffen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9564 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Eine flächendeckende Alphabetisierungsarbeit ist Teil einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die öffentlich ausfinanziert werden muss. Die Bundesregierung solle daher u. a. aufgefordert werden,

- ein Zehn-Jahres-Programm mit dem Ziel aufzulegen, die Zahl der vom Analphabetismus Betroffenen zu halbieren,
- gemeinsam mit den Ländern dauerhafte und auf Nachhaltigkeit angelegte Finanzierungsmodelle zur Sicherstellung des qualitativen und quantitativen Ausbaus von Grundbildung und Alphabetisierungskursen in der Erwachsenenbildung und im Bereich der Integrationskurse zu erarbeiten und umzusetzen,
- gemeinsam mit den Ländern und allen gesellschaftlich relevanten Kräften im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Analphabetismus verbindlich zu vereinbaren, dass Grundbildung flächendeckend gebührenfrei und für jeden zugänglich ist,
- gemeinsam mit den Ländern die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte in der Grundbildung zu stärken,
- gemeinsam mit den Ländern und Kommunen ein breites, niedrighschwelliges und öffentlich finanziertes Bildungs- und Berufsberatungsangebot zu schaffen und
- schließlich auch Arbeitgeber in die gesellschaftliche Pflicht zu nehmen, Beschäftigte mit einer mangelnden Grundbildung zu motivieren und dabei zu unterstützen, die Defizite abzubauen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8766 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Es ist im gesamtgesellschaftlichen Interesse, dass Bildungsarmut durch eine Verbesserung der Alphabetisierung und Grundbildung in allen Generationen begegnet wird. Die Bundesregierung solle daher u. a. aufgefordert werden,

- in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft, insbesondere Sozialpartnern, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Medien, die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung zu stärken,
- hierzu den nationalen Pakt für Alphabetisierung zu nutzen,
- breite öffentlichkeitswirksame Kampagnen gegen Stigmatisierung, zur Ermutigung der betroffenen Menschen und zu deren Information über Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote zu initiieren,
- auch im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ den Schwerpunkt der Alphabetisierungs- und Grundbildungskurse weiter zu unterstützen,
- die Bildungsforschung und die Erhebung von Daten zur Alphabetisierung insbesondere bezüglich Diagnostik, Didaktik, Genderaspekten sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe der Betroffenen fortzuentwickeln sowie
- schließlich auch den internationalen Austausch und die gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der Weltalphabetisierungsdekade (2003 bis 2012) ebenso wie europäische Vergleichsstudien zur Verbesserung der Alphabetisierungsanstrengungen auch hierzulande zu nutzen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8765 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/9564.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/8766.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/8765.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9564 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/8766 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 17/8765 abzulehnen.

Berlin, den 23. Mai 2012

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Marcus Weinberg (Hamburg)
Berichterstatter

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg (Hamburg), Oliver Kaczmarek, Patrick Meinhardt, Dr. Rosemarie Hein und Kai Gehring

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9564** in seiner 178. Sitzung am 10. Mai 2012 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8766** in seiner 162. Sitzung am 1. März 2012 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8765** in seiner 162. Sitzung am 1. März 2012 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durchgeführte Studie „leo. – Level-One“ habe als erste Studie in Deutschland die Größenordnung des Analphabetismus unter der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren untersucht. Dabei sei festgestellt worden, dass Analphabetismus im engeren Sinne mehr als 4 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung betreffe, d. h. mehr als 2,3 Millionen Menschen. Dieser Personenkreis könne zwar einzelne Wörter verstehend lesen, nicht jedoch ganze Sätze. 300 000 Menschen seien nicht in der Lage, ihren Namen zu schreiben. 7,5 Millionen Menschen würden als funktionale Analphabeten gelten, d. h. 14 Prozent der Bevölkerung und damit fast doppelt so viele

wie bislang angenommen. Dieser Personenkreis könnte zwar teilweise einzelne Sätze lesen, nicht jedoch größere Textzusammenhänge. Die Zahlen zeigten deutlich, dass funktionaler Analphabetismus die gesamte Gesellschaft durchdränge.

Das Thema Analphabetismus sei in der deutschen Gesellschaft immer noch mit Angst und Scham besetzt. Nach Veröffentlichung der Studie hätte Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan angekündigt, einen gesellschaftlichen Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung zu initiieren, an dem sich neben den Ländern auch Sozialpartner, Volkshochschulen und die Bundesagentur für Arbeit beteiligen sollen. Die bisher in diesem Zusammenhang erfolgenden Maßnahmen hätten allerdings kaum Wirkung gezeigt, auch hätten die unter großem finanziellem Druck stehenden Ländern keine Aussagen zu ihren finanziellen Möglichkeiten machen können. Die bisher vorliegenden Ergebnisse seien entschieden zu wenig. Daher seien die Maßnahmen zu intensivieren, wichtige Träger der Alphabetisierungsarbeit zu stärken und in die politischen Planungen einzubeziehen, weshalb die Bundesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden und als Motor der Alphabetisierungsdekade organisatorisch, personell und finanziell mehr Initiative ergreifen müsse.

Zu Buchstabe b

Im hochindustrialisierten Deutschland seien fehlende Grundbildung und Analphabetismus keine Randerscheinungen, sondern ein Problem der gesellschaftlichen Mitte, welches jedoch lange Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung keine große Rolle gespielt hätte. Mit Bestürzung und Entsetzen habe die Öffentlichkeit daher die Ergebnisse der „leo. – Level-One“-Studie zur Kenntnis genommen, mit der das Ausmaß des Analphabetismus in Deutschland erstmals mit empirisch erhobenen Zahlen greifbar geworden sei. Demnach würden 7,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 Jahren als funktionale Analphabeten gelten, wobei von einer deutlich größeren Dunkelziffer ausgegangen werden müsse. Der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V. ginge von 21 Millionen Erwachsenen in Deutschland aus, die gravierende Grundbildungsdefizite aufwiesen.

Die Betroffenen seien aufgrund ihrer geringen schriftsprachlichen Kompetenzen bei der gesellschaftlichen, sozialen, beruflichen und ökonomischen Teilhabe erheblich eingeschränkt. Scham, Angst um die berufliche und somit finanzielle Zukunftssicherung und vor gesellschaftlicher Stigmatisierung gehörten zum Lebensalltag.

Eine gute Grundbildung, die jedem zugänglich sein müsse, sei Bestandteil des Rechtes auf Bildung, die als gesamtgesellschaftliche Aufgabe öffentlich ausfinanziert werden müsse. Eine flächendeckende Alphabetisierungsarbeit gehöre ebenso dazu wie es notwendig sei, ein öffentlich finanziertes und flächendeckendes Bildungs- und Berufsberatungssystem aufzubauen.

Zu Buchstabe c

Stärker als in anderen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werde in Deutschland Bildungsarmut vererbt. Das deutsche Bildungssystem sei bei weitem noch nicht in der Lage, diesen Umstand zu durchbrechen. Analphabetismus und mangelnde Grundbildung seien Formen von Bildungsarmut, die die betroffenen Menschen massiv in ihren sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Teilhabemöglichkeiten einschränken. Gleichzeitig entstünden massive volkswirtschaftliche Schäden, bspw. durch Fachkräftemangel, die Abhängigkeit von Transferleistungen und eine damit verbundene Vertiefung der sozialen Spaltung. Es sei deshalb im gesamtstaatlichen Interesse, Bildungsarmut durch eine Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung in allen Generationen zu begegnen.

Von den 7,5 Millionen Menschen, die nach den Ergebnissen der „leo. – Level-One“-Studie funktionale Analphabeten seien, sei zwar die Hälfte erwerbstätig. Häufig jedoch sei das Arbeitsleben dieser Menschen von Scham und den Anstrengungen geprägt, ihre nur unzureichenden Lesekompetenzen zu verbergen. Es bedürfe einer Sensibilisierung der Gesellschaft und einer Enttabuisierung des Themas, eines verantwortungsvollen Umgangs der Unternehmen und vor allem einer Stärkung der Betroffenen.

Hierzu sei eine Verstärkung und bessere Koordinierung der Maßnahmen von allen staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft im Rahmen eines Nationalen Paktes für Alphabetisierung und Grundbildung notwendig. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen müsse das Angebot an Alphabetisierungskursen ausgebaut werden, pädagogische Begleitung verstärkt und die zielgruppenspezifische Alphabetisierung ausgebaut werden. Schließlich sei funktionaler Analphabetismus nicht nur ältere Menschen betrafte, sondern auch jüngere Personen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils in ihren Sitzungen am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/9564 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Innenausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8766 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8766 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8766 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Innenausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8765 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8765 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner Sitzung am 23. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8765 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9564 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8766 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8765 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt klar, dass das Thema „Alphabetisierung“ für die Koalitionsfraktion sehr wohl ein wichtiges bildungspolitisches Thema sei. Einen eigenen Antrag habe man bislang nicht vorgelegt, da man zunächst die Maßnahmen der Bundesregierung abwartend begleiten wollte. Im Übrigen sollte die Bedeutung eines Themas nicht an der Anzahl der Anträge, sondern daran gemessen werden, was dafür getan werde.

Was den Bereich „Teilhabe“ anbelange, so bedeute dies eben mehr als nur die Teilhabe am Arbeitsmarkt oder die Reproduktion von Fachkräften für den Arbeitsmarkt, sondern die Teilhabe im Bildungsbereich insgesamt. Deswegen sei es auch wichtig, wie von der Fraktion DIE LINKE. erwähnt, dieses Thema etwas stärker zu differenzieren; denn nur durch eine stärkere Differenzierung könnten konkrete Maßnahmen entwickelt werden, die dann ergebnisorientiert, zielgenau und bedarfsdeckend seien. Bereits bei der Zustandsbeschreibung sollte man fein- und kleinteilig überlegen, welche Maßnahmen wie greifen müssten. Bei dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung, auf das noch kurz eingegangen werde, sei aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU ein guter Mix zwischen frühzeitigen Maßnahmen und der eigentlichen Weiterbildung gefunden worden.

Die Fraktion der CDU/CSU glaube, dass das Thema „Enttabuisierung und Stigmatisierung“ in ihrem Fokus sei und mit diesem Thema also offen und offensiv umzugehen sei. Dies sei insbesondere der Fall, weil für ältere, bereits erwerbstätige Betroffene das Problem des Analphabetismus auch ein Problem ihrer Außerdarstellung sei.

Hinsichtlich der Mittelvergabe solle Bund nicht versuchen, hierdurch gleichsam die „Gesamtkompetenz“ an sich zu ziehen, sondern es müsse gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine Lösung entwickelt werden. Hier dränge sich allerdings die Frage auf, ob die Länder dazu überhaupt in der Lage seien. Diese Frage aufzuwerfen, geschehe nicht, um auf eine Kompetenzverschiebung hinzuwirken, sondern mit Blick auf die bereits bestehende Bundeskompetenz im Weiterbildungsbereich.

Zutreffend sei, dass das BMBF in der Alphabetisierungsdekade 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und damit unterschiedliche Themenkomplexe unterstützt habe, wie etwa Forschung und Entwicklung der Alphabetisierung und die Frage nach didaktischen Formen.

Hilfreiche Maßnahmen zur Bekämpfung des Analphabetismus seien beispielsweise Programme wie „Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen“ oder die „Offensive Frühe Chance“. An dieser Stelle müsse man auch die 400 Mio. Euro erwähnen, die von der Bundesregierung für die Offensive bis 2014 zur Verfügung gestellt würden.

Des Weiteren existierten auch konkrete Maßnahmen zur Förderung der bereits erwerbstätigen Analphabeten, die insbesondere arbeitsplatzorientiert ausgelegt seien. Die Bundesregierung habe hierfür 20 Mio. Euro für den Zeitraum 2012 bis 2015 bereitgestellt, fünf Mio. Euro seien vom Bund in öffentliche Kampagnen, in Integrationskurse für Erwachsene, insbesondere für solche mit Migrationshintergrund, seien 42 Mio. Euro investiert worden.

Ergänzend sei zu bemerken, dass der Bund insgesamt weit mehr als diese erwähnten Mittel ausbebe, um die Belange der Alphabetisierung in Deutschland voranzubringen.

Einige Forderungen des Antrages der Fraktion der SPD halte man aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU schon deshalb nicht für realisierbar, weil die Bundesregierung keine verfassungsmäßigen Aufgaben der Länder übernehmen dürfe. Es sei zu betonen, dass bei der letzten Ausschussanhörung zahlreiche Maßnahmen des Bundes positiv bewertet wurden. Hingegen habe man feststellen müssen, dass es bei den Ländern in weiten Teilen noch hake; es sei mithin zu überlegen, wie man mit den Ländern stärker kooperieren könne. Man müsse zudem noch über Stichpunkte, wie etwa eine Clearingstelle, diskutieren.

Darüber hinaus unterstütze die Fraktion der CDU/CSU die Unternehmungen des BMBF in Bezug auf eine nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung von Erwachsenen. Vor diesem Hintergrund sei festzuhalten, dass die in den Anträgen geforderten Initiativen bereits bestünden oder aber in Vorbereitung seien. Diese Initiativen würden die Koalitionsfraktion begleiten, bewerten und falls notwendig – etwa in Form eines eigenen Antrages – nachsteuern.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, vor welcher großen gesellschafts- und bildungspolitischen Herausforderung man angesichts der katastrophalen Zahl von 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten stehe.

Vor diesem Hintergrund sei von besonderer Bedeutung, dass die nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung von Bund, Ländern und Kommunen so schnell wie möglich angegangen werde. Zudem müsse über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg ein gemeinsames Ziel formuliert werden, damit jeder einen entsprechenden Beitrag leisten könne. Hierfür müsse zunächst betrachtet werden, was bereits geleistet wurde, um dann Maßnahmen eruiieren zu können, bei denen Fortschreibungen benötigt würden. Kritisch hinterfragt werden sollte dabei jedoch, welche Ebene für welche Aufgabe zuständig sei. In diesem Zusammenhang könne aber festgestellt werden, dass der Bund bereits einige Initiativen gefördert habe.

Die Fraktion der CDU/CSU habe unter anderem auf das zentrale Projekt „Lesestart.de“ hingewiesen, bei welchem es insbesondere darum gehe, die Menschen zum Lesen zu ermutigen und hierfür frühzeitig zu sensibilisieren. Sehr wichtig sei insbesondere die Förderung der frühkindlichen Bildung. In diesem Zusammenhang seien das Programm „Frühe Chance“ und die 4 000 Schwerpunktkitas zu nennen. Bis 2014 würden insbesondere in die Sprachförderung 400 Mio. Euro investiert werden.

Einen weiteren Meilenstein gegen den Analphabetismus stelle die bestehende Weiterbildungsprämie für Maßnahmen der Grundbildung und der Alphabetisierung dar, die als Erfolgsprojekt bezeichnet werden könne. Es seien an die 200 000 Prämien ausgegeben worden.

Die 20 Mio. Euro, die nun zusätzlich vom Bund insbesondere für die arbeitsplatzorientierte Forschung bereitgestellt würden, dürften gleichfalls dazu beitragen, das Problem adäquat angehen zu können.

Die Kampagnenfinanzierung sei um 60 Prozent erhöht worden, um die Menschen für das Problem weiter zu sensibilisieren. In diesem Zusammenhang könne positiv festgestellt werden, dass das strategisch sehr wichtige Projekt

„iChance“ des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung weiter fortgesetzt werden könne.

Zudem gebe es ein neues Projekt „Lokale Bildungsbündnisse“, welches ausgeschrieben sei und für welches 30 Mio. Euro sowie zusätzliche 15 Mio. Euro aus dem Bereich „Lernende Regionen“ vorgesehen seien.

Viele solcher Programme, wie sie in den Anträgen gefordert würden, existierten bereits. Darüberhinaus stelle die Bundesregierung Mittel in einer Größenordnung zur Verfügung, die den in den Anträgen geforderten Summen durchaus entsprächen. Es existiere demzufolge von Seiten der Bundesregierung durchaus ein Masterplan für die Alphabetisierung.

Die Fraktion der FDP betont, dass auch die Länder ihre Aufgaben wahrnehmen müssten. Es bestünde ein Zusammenhang zwischen den Schulabbrecherzahlen, der Jugendarbeitslosigkeit und der Frage des Analphabetismus. In einigen Bundesländern habe sich die Zahl der Schulabbrecher in nicht zu verantwortendem Maße erhöht, in Berlin von 9,9 auf 11,5 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern von 12,1 auf 16,8 Prozent, und dies, obwohl man die Halbierung der Schulabbrecherzahlen als bildungspolitisches Ziel formuliert habe. Vor diesem Hintergrund erwarte die Fraktion der FDP, dass auch die Bildungsminister der Ländern den Zusammenhang zwischen Schulabbrecherzahlen und der Frage nach einer sinnvollen Kampagne gegen Analphabetismus sehen und aktiv werden würden; der Bund könne das Problem nicht allein lösen, sei vielmehr auf eine Kooperation mit den Ländern angewiesen.

Die Fraktion der FDP hebt noch einmal die Bedeutung von Organisationen wie die Stiftung Lesen und den Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung hervor. Diese würden für fundamentierte und öffentlichkeitswirksame Herangehensweisen Sorge tragen.

Die gesamtgesellschaftspolitische Aufgabe werde darin bestehen, in der Allianz für Bildung, in der nationalen Strategie alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu sensibilisieren, zusammenzuführen und das Thema „Analphabetismus“ zu enttabuisieren.

Wichtig in der bildungspolitischen Debatte sei für die Fraktion der FDP, dass die Menschen, die Hilfe bei ihrem Problem haben wollten, unkompliziert Unterstützung bekommen könnten. Dies sei die bildungspolitische Herausforderung und gehöre zur Bildungsgerechtigkeit.

Die **Fraktion der SPD** betont, dass es sich in Anbetracht der enormen Zahl funktionaler Analphabeten – 7,5 Mio. – um eine bildungspolitische Herausforderung aller erster Güte handele. Vor diesem Hintergrund halte man es für bedenklich, dass das Thema nicht auch von den Koalitionsfraktionen aufgegriffen worden sei.

Die Fraktion der SPD schlage zur Bekämpfung des Analphabetismus eine Strategie vor, die sich auf mehrere Pfeiler stütze:

Deutlich solle zum Ausdruck gebracht werden, dass auch nach dem Auslaufen der Weltalphabetisierungsdekade eine nationale Herausforderung bestehen bleibe und sich mithin eine nationale Dekade der Alphabetisierung anschließen müsse. Hier solle der Bund eine Vorbild- und eine Vorreiterrolle einnehmen.

In Übereinstimmung mit den beiden anderen Oppositionsfraktionen sei man der Auffassung, dass es um eine dauerhafte, verbindliche und insbesondere nachhaltige Struktur in der Weiterbildung gehen müsse. Hierfür sei eine Mittelzuweisung erforderlich, die deutlich über dem liege, was die Bundesregierung bisher für die Grundbildungsarbeit plane, nämlich ab 2013 mindestens 50 Mio. Euro im Jahr.

Zudem sei eine stärkere Sensibilisierung für das Thema erforderlich, insbesondere mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus benötige man eine umfassende Qualitätsstrategie, für welche es einer Rahmenvorgabe bedürfe – ein Curriculum –, welche die inhaltliche, fachliche Qualität festlege und sichere. Diejenigen, die Alphabetisierungsarbeit leisteten, müssten Sicherheit in ihrer Beschäftigung sowie eine angemessene Bezahlung erhalten.

Zuletzt müsse ein Schwerpunkt in der Evaluation der Alphabetisierungsarbeit liegen, um den Stand von Alphabetisierung und Grundbildung ausreichend darstellen zu können. Es bestünden noch Lücken bei den entsprechenden Statistiken sowie eine falsche Schwerpunktsetzung im nationalen Bildungsbericht.

Schließlich sei die Fraktion der SPD der Auffassung, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchaus interessante Ansätze enthalte, sodass man ihm zustimme. Bei dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. müsse bemängelt werden, dass einige der genannten Zahlen nicht fundiert seien, etwa die Summe von 3,6 Mrd. Euro, bei der sich die Frage stelle, wer diese aufbringen solle. Vor diesem Hintergrund werde man sich der Stimme enthalten.

Zuletzt bemerke die Fraktion der SPD, dass man das Verhalten der Bundesregierung unambitioniert fände, indem an der derzeitigen nationalen Kampagne nicht alle gesellschaftlichen Gruppierungen teilhaben sollten. Es würden zudem recht widersprüchliche Signale ausgesendet; so sei Alphabetisierung im letzten Jahr vom zuständigen Bundesministerium nicht mehr gefördert worden, ebenso wie künftig möglicherweise auch nicht mehr das Archiv und Dokumentationszentrum für Alphabetisierung und Grundbildungsarbeit.

Was die Zuständigkeiten des Bundes anbelange, so hält die Fraktion der SPD kritisch fest, seien allein die Länder für die allgemeine Bildung und die Grundbildung zuständig. Hingegen liege die berufliche Bildung mit in der Zuständigkeit des Bundes. Insbesondere bei dem Thema „Analphabetismus“ sei eine klare Trennung schwierig. Wer sei z. B. zuständig für einen funktionalen Analphabeten, der in einem Arbeitsverhältnis stehe, und was passiere, wenn dieser arbeitslos werde?

Die Fraktion der SPD erklärt, über die angespannte finanzielle Lage der Länder informiert zu sein, wie etwa Schleswig-Holstein, das nur 600 Plätze im Alphabetisierungsbereich habe, obwohl 80 000 bis 90 000 Analphabeten dort lebten. Vor diesem Hintergrund könnte es durchaus hilfreich sein, wenn der Bund ausreichend Mittel zur Verfügung stelle. Man rege daher mithin an, die Kooperationsverbotsfrage etwas gelassener zu behandeln.

An die Bundesregierung richte man die Frage, ob sie eine Lösung für die bestehenden Diskrepanzen gefunden habe. Man müsse den derzeit existierenden Pakt noch einmal an-

gehen. Dass bei der Umsetzung der Problemlösung noch Defizite bestünden, dürfte der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) nicht entgangen sein. Sollte von Seiten der Wirtschaft die Bereitschaft signalisiert werden, sich dieses Themas erneut anzunehmen, wäre dies ein begrüßenswerter Schritt in die richtige Richtung. Aber auch die DIHK komme nicht ohne weiteres an die 56 Prozent arbeitenden Analphabeten heran, wenn keine betriebsbezogene Strategie existiere.

Des Weiteren wäre es gewinnbringend, die flächendeckend organisierte Bundesagentur, eine Schlüsselstelle im Bereich der Alphabetisierung, stärker für das Thema zu sensibilisieren, um den Analphabeten eine bessere Unterstützung anbieten zu können.

Die Schuldenbremse betreffe vorrangig die Verwendung von Steuermitteln, unberührt davon bliebe weitestgehend die Sozialversicherung. Vor diesem Hintergrund werbe die Fraktion der SPD dafür, die Arbeitslosenversicherung zu einem umlagefinanzierten System zu machen, damit diejenigen, die keine Grundbildung hätten, mit zusätzlichen Förderangeboten unterstützt werden könnten.

An die Bundesregierung stelle man die weitere Frage, welche Chancen aufgrund der Aufstockung der Mittel für das Projekt „Soziale Stadt“ bestünden und ob auch in anderen Ressorts die Grundbildung thematisiert werden könnte.

Die Verwendung der bestehenden Weiterbildungsprämie könne sich die Fraktion der SPD eher nicht vorstellen, weil diese eine individuelle, personengebundene Prämie sei. Notwendig wäre insoweit, sie in eine Art „institutionelle Prämie“ umzuwandeln, die dann zur Finanzierung von Grundbildungsmaßnahmen bei den Trägern eingesetzt werden könnte.

Abschließend verweist die Fraktion der SPD darauf, dass in dem Antrag das Thema „Einfache Sprache“ erstmalig angesprochen worden sei. In diesem Bereich hätten andere europäische Länder bereits Erfahrungen sammeln können. So gäbe es in einigen Ländern, z. B. Holland, Zeitschriften, die Texte in einfacher Sprache enthielten, die dann auch bei den Arbeitsvermittlungen oder in öffentlichen Einrichtungen auslägen. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob dieses Thema von der Bundesregierung berücksichtigt werde und wie man ein solches, finanziell aufwendiges Projekt begleiten könnte. In diesem Zusammenhang verweise die Fraktion der SPD noch einmal darauf, dass in Deutschland nicht nur 7,5 Millionen funktionale Analphabeten lebten, sondern – wie die LEO-Studie aufgedeckt habe – weitere 20 Millionen mit eingeschränktem Rezeptionsvermögen von Texten.

Im Antrag der Fraktion der SPD gehe es nicht darum, 50 Mio. Euro im Jahr für Alphabetisierungsarbeit auszugeben, sondern darum, diese Summe zusätzlich bereitzustellen. Man habe nämlich den Eindruck, dass einige Projekte nicht mit „frischem“ Geld gefördert würden, sondern dass es sich vielmehr um Projekte handele, die ohnehin durchgeführt worden wären.

Entscheidend sei, dass für das Thema sensibilisiert werde und die Menschen vor Ort erreicht würden. Es bedürfe zudem eines konkreten Angebotes, und es müssten ausreichend Kursplätze existieren.

An die Bundesregierung richte man die Bitte, über einen pragmatischen Umgang für Fachtagungen, das Archiv und das Dokumentationszentrum nachzudenken. Auch frage man, wann die für Mitte 2012 angekündigte Kampagne tatsächlich beginne, zumal für diese im Rahmen der Haushaltsbereinigung fünf Mio. Euro bereitgestellt worden seien.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstreicht die enorme Bedeutung des wohl allgemein anerkannten Problems „Analphabetismus“. Zwar sei dieses in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen worden, zugleich aber sei es immer noch ein Tabuthema. Die derzeit existierenden Programme der Bundesregierung würden eher den Status quo der Problematik feststellen, wohingegen dauerhafte Programme fehlten, um Kurse zu finanzieren und somit den Analphabetismus zu bekämpfen.

Die Fraktion DIE LINKE. halte es für notwendig, den Analphabetismus in Deutschland innerhalb der nächsten Dekade zu halbieren – dies sei eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Dafür sei notwendig, dass in der Bundesregierung und im Bundestag Einigkeit auch über die Bezahlung der dafür notwendigen Lehrkräfte erzielt werde. Es bestehe derzeit ein großes Defizit im Weiterbildungssektor, und man sehe bislang keine ernsthafte Bereitschaft, dieses zu beheben. Das Thema „Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Lehrkräften“ gehöre dabei zwingend auf die Tagesordnung.

In dem Antrag der Fraktion der SPD erkenne man durchaus Übereinstimmungen mit den eigenen Positionen, sodass man ihm zustimme. Demgegenüber sei der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu wenig aussagekräftig, weshalb die Fraktion DIE LINKE. sich enthalte.

Kritisch sei hinsichtlich beider vorgenannter Anträge anzumerken, dass zu einseitig eine gute Grundbildung und eine dann folgende Arbeitsmarktverwertbarkeit gefordert werde, darüberhinausgehende Aspekte jedoch nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. fokussiere eine stärkere Prävention gerade auch an Schulen. Es existiere nämlich ein Zusammenhang zwischen Rechtschreibschwäche und Analphabetismus.

Abschließend weise man auf unterschiedlichsten Ursachen hin, die zu Analphabetismus führten und deren Feststellung einer differenzierten Herangehensweise bedürften, an der es aber gegenwärtig noch fehle.

Was die Frage anbelange, wer die von der Fraktion DIE LINKE. geforderten 3,6 Mrd. Euro aufbringen solle, so sei eine gemeinsame Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen vorgesehen. Wenn in diesem Zusammenhang ein nationaler Aktionsplan verabschiedet werden solle, dann könne dieser auch nur als eine Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Was die Höhe der in Rede stehenden Mittel anbelange, habe man sich daran orientiert, was andere Länder in der Vergangenheit aufgebracht hätten. Dort sei auch ein entsprechender Erfolg erzielt worden; hingegen sei ein solcher in Deutschland aber nicht erkennbar.

Die Fraktion DIE LINKE. glaube daher, dass sich die Kraftanstrengung, die mit einer solchen Mittelbereitstellung verbunden sei, bspw. mit Blick auf die angespannte finanzielle Situation der Kommunen, lohne.

An die Fraktion der FDP gerichtet hält die Fraktion DIE LINKE fest, dass man aufpassen solle, nicht alle bestehenden Defizite des Bildungssystems in einen Topf zu werfen. Zwar seien Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher durchaus ein erstzunehmendes Problem, nur bestünde aber keine direkte Verbindung zum Analphabetismus. Es gebe nur vielleicht im Verhältnis mehr Analphabeten, die ohne Abschluss aus der Schule ausschieden.

Darüberhinaus habe die Fraktion DIE LINKE den Eindruck, dass man es sich bei der Problematik zu einfach mache, wenn man nur nach solchen Verbindungen suche. Der Analphabetismus habe höchst unterschiedliche Ursachen und Bedingungen. Er sei auch nicht nur ein soziales und nicht nur ein Generationsproblem, sodass die ausschließlich darauf fokussierten Maßnahmen nicht ausreichend seien. In diesem Zusammenhang müsse man aufpassen, dass am Ende dieser Dekade trotz unzureichender Erfolge nicht der Eindruck vermittelt werde, man habe sein Möglichstes getan. Man müsse vielmehr gemeinsam an besseren Lösungen arbeiten, damit in zehn Jahren ein zufriedenstellenderes Ergebnis erzielt werden könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, vor welcher bildungspolitischen Aufgabe man angesichts von rund 7,5 Mio. funktionaler Analphabeten zwischen 18 und 64 Jahren stehe, die Deutsch als Muttersprache hätten. Als besonders erschreckend betrachte man, dass ca. 20 Prozent der 18 bis 29 Jährigen betroffen seien. Dies lasse auf eine unzureichende schulische Förderung schließen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN appelliere daher an die Bundesregierung, mit der Umsetzung des Paktes für Alphabetisierung und Grundbildung schneller voranzukommen, wobei insbesondere im Bereich der Grundbildung stärkere Aktivitäten zu fordern seien. Hier müsse die Bundesregierung mit den Ländern, mit den Sozialpartnern und mit zivilen Bildungsorganisationen eng zusammenarbeiten. Die Bundesregierung solle auch Zeitpläne sowie Zielzahlen für die Reduzierung der Analphabetenquote nennen, um mehr Verbindlichkeit herzustellen.

Des Weiteren sei wichtig, dass die Bundesregierung ihre „Hausaufgaben“ im Bereich der Weiterbildung erledige. Insbesondere sei hier ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz sinnvoll.

Ein weiteres Problem bei der Bekämpfung des Analphabetismus sähe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darin, dass Kursplätze fehlten und es zu wenige zielgruppenspezifische Angebote gäbe.

Man erkenne durchaus Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung mit den Anträgen der übrigen Oppositionsfraktionen, stünde jedoch einzelnen dort genannten Punkten kritisch gegenüber.

Die **Bundesregierung** erklärt, man fühle sich in dieser Angelegenheit ungerecht behandelt, da sie seit 2007 der Motor sei, der das Thema „Analphabetismus“ in Deutschland in den Mittelpunkt der bildungspolitischen Debatte zu rücken versuche. In diesem Zusammenhang habe man auch die „leo. – Level-One“-Studie in Auftrag gegeben.

Man nehme die Ausführung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Aufgreifen des Themas im nationalen Bildungsbericht zur Kenntnis.

Es bestünden zwei Bereiche, die die Bundesregierung regelmäßig beobachten und überprüfen wolle, und zwar zum einen mit Hilfe der LEO-Studie, die alle fünf Jahre durchgeführt werden solle. Hier habe die Bundesregierung dafür gesorgt, dass auch Zwischenerhebungen gemacht würden und ein Grunddatensatz bestehe. Zum anderen habe man das Projekt „Monitor Alphabetisierung und Grundbildung“ durchgeführt, bei welchem konkrete Maßnahmen im Mittelpunkt stünden, deren Erfolge evaluiert würden, und um die Frage nach Infrastrukturen.

Die Bundesregierung merke an, dass viele Forderungen aus den Anträgen von der Bundesregierung bereits erfüllt worden seien, etwa das Forschen nach Möglichkeiten, dem Analphabetismus Erwachsener wirksam begegnen zu können. Es seien Rahmencurricula für alle Stufen, für alle Alpha-level, für die Grundbildung und Alphabetisierung Erwachsener entwickelt worden. Hieran werde man auch weiterhin arbeiten. Man unterstreiche, dass der Bund, der für diesen Bereich – Forschung und statistische Darstellung der gesamtgesellschaftlichen Situation – originär zuständig sei, vorbildlich handeln würde.

Derzeit sei die Umsetzung des Gesamthemas allerdings defizitär. Hierzu müsse aber gesagt werden, dass Allgemein- und Grundbildung formal keine Gemeinschaftsaufgabe, sondern Aufgabe der Länder sei, weshalb die Bundesregierung den Grundbildungspakt mit den Ländern geschlossen habe. Der Bund finanziere aber diesen Pakt. Nicht ausreichend berücksichtigt werde, dass die Mittel des Bundes nicht unbegrenzt seien. Wichtig sei es, die Länder und auch die Sozialpartner mit in die Verantwortung zu nehmen.

Die Grundbildung der Erwachsenen sei häufig ein arbeitsplatzbegleitendes Thema. Vor diesem Hintergrund habe die Bundesregierung dies zu einem ihrer Schwerpunkte in dem neuen Programm gemacht. Insbesondere gehe es darum, den Menschen zu helfen, die aufgrund ihres Analphabetismus beruflich unterhalb ihrer Möglichkeiten blieben.

Darüberhinaus stelle die Bundesregierung klar, dass sie nicht insgesamt 20 Mio. Euro ausbebe, sondern zusätzlich etwa 42 Mio. Euro für die Integrationskurse im Bereich der Alphabetisierung für Erwachsene, gerade auch solche mit Migrationshintergrund, zur Verfügung stelle.

Die Bundesregierung habe die letzte Anhörung zum Anlass genommen, alle diejenigen, die Beratungen im Rahmen der Bildungsprämie durchführten, darauf hinzuweisen, dass die Bildungsprämie selbstverständlich auch für Maßnahmen der Grundbildung und Alphabetisierung und nicht nur für klassische Weiterbildungsmaßnahmen verwendet werden könne. Das bedeute, jenseits der konkreten Programme könnten alle Länderprogramme, alle Volkshochschulprogramme, alle Kommunalprogramme, die gebührenpflichtig seien, über die Bildungsprämie für die entsprechende Klientel gegenfinanziert werden. Damit hätte man ein breites Maßnahmenbündel.

Bei der Forderung, man brauche jetzt ein Grundbildungsgesetz, könne es nur darum gehen, dass man einen Rechtsanspruch auf irgendeine Art von Förderung resp. für irgendwelche Weiterbildungsmaßnahmen schaffe. Dem wäre entgegenzuhalten, die Bildungsprämie sei „schlank“ und für eine breite Gruppe verfügbar. Mit ihr sei man an dieser Stelle eigentlich sehr gut aufgestellt.

Die Bundesregierung würde sich zwar auch wünschen, dass man mehr machen könne. Wenn man aber alles zusammenrechne, was etwa die Fraktion DIE LINKE. fordere, wäre man bei über drei Mrd. Euro. Dies sei keine realistische Größenordnung, auch glaube man, mit den Maßnahmen, die jetzt ergriffen worden seien, recht gut positioniert zu sein. Eine flächendeckende Versorgung mit Grundbildungsangeboten könne demgegenüber nicht Aufgabe des Bundes sein, da müsse vielmehr die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der anderen Akteure stärker greifen.

Zum Thema „DIHK“ führt die Bundesregierung aus, dass nach ihrer Einschätzung die Arbeitgeber nicht generell abgeneigt wären, sich zu engagieren. Im Rahmen der Verhandlungen zum Grundbildungspakt habe es allerdings erhebliche Irritationen darüber gegeben, dass anders als der Bund nicht alle beteiligten Partner bereit gewesen seien, etwas Konkretes zu präsentieren. Die Arbeitgeber hätten nicht in Vorleistung gehen wollen, aber wenn alle Partner dazu bereit sein würden, wären auch die Arbeitgeber bereit, ihren Beitrag leisten wollen. Um die für eine Einigung erforderlichen Gespräche würde man sich weiter bemühen.

Zu dem Thema „Fachtagung Alphabetisierung“ stellt die Bundesregierung klar, dass diese ursprünglich als einmalige wissenschaftliche Fachtagung geplant gewesen sei. Aufgrund des Erfolges, den sie habe verzeichnen können, sei sie

Jahr für Jahr wiederholt worden und habe daher im Laufe der Jahre ihren Charakter verändert. Sie habe sich zu einem „Netzwerktreffen“ etabliert. Die Bundesregierung könne aus dem Titel für wissenschaftliche Tagungen keine allgemeine Begegnung von Menschen fördern; darauf habe man frühzeitig hingewiesen. Eine elementare Fördervoraussetzung sei, dass die Veranstaltung einen wissenschaftlichen Fortschritt erwarten lasse. Die Veranstalter hätten ihr verändertes „Design“ aber nicht revidieren wollen, sodass keine Förderung mehr hätte erfolgen können. Sollte man durch die Tagung wieder mit einem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn rechnen dürfen, wäre die Förderfähigkeit grundsätzlich gegeben.

Zu dem Thema „Soziale Stadt“ gibt die Bundesregierung ihre Freude darüber zu erkennen, dass zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt worden seien. Dies sei eine Chance, Maßnahmen durchzuführen, die bei der Alphabetisierung durchaus behilflich sein könnten. Aber auch bei diesem Thema sei es Aufgabe der Länder, über die konkreten Projekte zu entscheiden.

Darüber hinaus habe die Bundesregierung das Thema „BA“ aufgegriffen und Sensibilisierungsarbeit bei den Mitarbeitern geleistet, welche aber nicht dem Niveau einer Schulung entspräche.

Berlin, den 23. Mai 2013

Marcus Weinberg (Hamburg)
Berichterstatter

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter